



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

-m: Preußens gegenwärtige Lage.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Wenn diese Familien aussterben, so können wir überall die lebenslängliche Wahl des Staatsoberhauptes aus qualificirten Personen haben, aber einen prinzipiellen Unterschied begründet dies nicht.

Kein Mensch kann vernünftiger Weise läugnen, daß factisch der öffentliche Wille in Deutschland herrscht. Oder liegt der Schwerpunkt unserer Schicksale in den Höfen und nicht in den Versammlungen zu Frankfurt, Berlin, Wien? Warum also aus bloß theoretischem Eigensinn uns der unendlichen Gefahr einer neuen Revolution preisgeben? Gefährlich, weil sie nicht ein natürlicher Ausbruch des allgemeinen Gefühls, sondern willkürlich gemacht, bei den Haaren herbeigezogen wäre, weil sie unsere Kräfte überstiege und allen unreinen Elementen den vollsten Spielraum öffnete. Oder glauben Sie, daß die Gefahr absolutistischer Reaction von den Thronen her größer ist, als von glücklichen Usurpatoren bei Anarchie und allgemeiner Erschöpfung? — Das ist die Theilung und der Umschwung der öffentlichen Stimmung in Deutschland seit der Revolution. Im Anfang steht Alles gegen den Despotismus. Nachdem der Volkskraft freier Raum geschafft, kämpfen wir für positive Schöpfungen der Freiheit gegen die zwecklose Fortsetzung der Revolution.

Konstantin Höppler.

## Preußens gegenwärtige Lage.

Von der preussischen Grenze.

Sie wollen meine Ansicht hören über die Lage, in welche uns die Abstimmung vom 7. September versetzt hat. Ich muß Ihnen im Voraus bemerken, daß Berlin, so munter es in den letzten Tagen herging, keineswegs der Ort ist, in welchem die Geschicke des preussischen Staats in letzter Instanz entschieden werden. Potsdam noch weniger; von der Paulskirche gar nicht zu reden. Selbst was an der Eider geschieht, obgleich es tausendmal mehr Gewicht in die Waagschale wirft, als alle die wohlmeinenden Unterredungen in der Singakademie, im demokratischen oder constitutionellen Club, ist nicht von dem Einfluß auf die Monarchie Friedrich des Großen, als — die Heerzüge der Rajzen und Kroaten. — Gelingt es den Magyaren, vielleicht mit dem demokratischen Verein in Wien, den alten Kaiserstaat auseinander zu reißen, findet für die österreichischen Erblande diejenige Centralisation statt, welche die Deutschgesinnten für die Aufrechthaltung ihrer Nationalität als nothwendig ansehen und in Folge dessen der innige Anschluß an Frankfurt, den man bisher in Wien nur sehr theoretisch, ganz im Allgemeinen faßt, ohne sich über die nähern Umstände eines so wichtigen Schrittes irgendwie Rechenschaft zu geben — dann

Grenzboten. III. 1848.

60

allerdings ist der bisher nur ideale Schwerpunkt in sein materielles Recht eingetreten und die conservative Partei wird den Schauplatz ihrer Wirksamkeit dort suchen, wo sich fernerhin die Geschicke Deutschlands entscheiden. Ich muß freilich gestehen, daß eine solche Wendung der Dinge bei der grenzenlosen Unklarheit der demokratischen Partei und bei der frivol theatralischen Weise, wie ein großer Theil der Ungarn die Politik betreibt, jenseit der Grenzen aller Wahrscheinlichkeit liegt, — ich muß hinzufügen, auch ganz außerhalb des Bereichs unserer Wünsche. Eine vollständige Erschütterung alles Credits wäre die Folge davon und eine neue Krisis des revolutionären Fiebers, deren Ausgang Niemand absehen könnte.

Im andern Fall, wenn der Banus von Croatien seine Gegner bestegt und seine siegreichen Truppen der Reaction zur Verfügung stellt, wenn er sich mit den übrigen Heerführern und, wie es allen Anschein hat, mit der slavischen Partei in Oestreich selber in Verbindung setzt, wenn das Cabinet sich zu einem entscheidenden Schritt entschließt — dem Schritt nämlich, die Politik Metternichs in einer liberalen Form fortzusetzen — denn ich halte Pressfreiheit, Associationsrecht, Geschworne, Communal- und Provinzialfreiheit keineswegs für unvereinbar mit dem Fortbestehen der alten Großmacht Oestreich — dann wird der Schwerpunkt des Reichs verrückt, die Nationalversammlung und das Reichsregiment in ihrer bisherigen Zusammensetzung unmöglich und die weitere Entwicklung unsers politischen Processes wird nach Berlin verlegt. Je früher wir über diesen Punct ins Klare kommen, je heilsamer wird es für uns sein; bis dahin müssen wir die Fragen, die uns für den Augenblick beschäftigen, so ernsthaft sie aussehn, durch Vertagung beseitigen.

Sehen Sie die Ereignisse, welche augenblicklich alle Gemüther in Anspruch nehmen, unbefangen an, so schwindet viel von ihrer vermeintlichen Gefährlichkeit.

Zunächst die Abstimmung vom 7. September. Das Prinzip, um das es sich dem Anschein nach handelt, war nur das Aushängeschild. Die Frage, ob alle Beschlüsse der constituirenden Versammlung ohne Weiteres durch die Regierung ausgeführt werden müssen, klingt freilich prinzipiell genug, sie ist aber nicht der Kern der Sache. Hätte das Ministerium zur gehörigen Zeit ein entschiedenes Botum abgegeben, wie früher Rodbertus bei einer ähnlichen Frage, so wäre das Schulzische Amendement nicht durchgegangen. So hat es sich den schlimmen Conflict selber zugezogen. Es hat die Versammlung provocirt in einer Zeit, wo es bereits von zwei verschiedenen Seiten untermindert war. Die Partei der Grundbesitzer konnte auch von einem Ministerium der Linken nichts Schlimmeres erwarten, als die Maßregeln, mit denen Hansemann sie bedrohte; die Existenz der Radikalen war mit einer Regierung unvereinbar, das eine wohlorganisirte Polizei zu halten beabsichtigte. Wo Constabler walten, ist für einen Heil kein Bleiben mehr. Kühlwetter scandalisirte den Berliner Freiheitsdrang, ohne doch Kraft genug zu gewinnen, ernsthaft die Ordnung aufrechtzuhalten; Hansemann mit

Milde und Gierke erschien als der Typus der Bourgeois-Partei, wie sie in Frankreich seit 1830 geherrscht und wie sie mit militärischer Hilfe sich jetzt wieder an's Ruder zu setzen gewußt hat, er lud also den ganzen Haß der Aristokratie auf sich; Schreckenstein drohte mit einer militärischen Diktatur — aber nicht durch offnes Auftreten, denn er wußte der Kammer nie zu imponiren, sondern durch Intriguen, und so hatte das Ministerium auch die Bürgerschaft gegen sich; Auerwald endlich galt als ein Hofmann, als unselbstständig gegen Potsdam — und so ist die Coalition fast aller Parteien gegen die Regierung wohl zu erklären. Ich will dabei durchaus nicht in Abrede stellen, daß bei der Abstimmung vom 7. September Einschüchterung der Deputirten eine wesentliche Rolle gespielt hat, und es klang sonderbar genug, als der lichtfreundliche Pastor Uhlisch mit himmelwärts gewandtem Blick von seiner versöhnenden Stellung sprach, in demselben Augenblick, als er den Fehdebrief an die Regierung mit unterzeichnete. Bei einer Abstimmung im entgegengesetzten Sinne wäre es vielleicht zu einem Conflict gekommen — vielleicht sage ich, denn mit Gewißheit kann man in Berlin Nichts berechnen. Allein die Haltung der Hauptstadt war sehr drohend, es war nicht die gewöhnliche Crawlstimmung, es war eine sehr ernste, zornige Erregung, und wenn die Linke — wie es bei Waldeck's Persönlichkeit, den ich für einen aufrichtigen Fanatiker halte, allen Anschein hatte — ausgetreten wäre, so hätte sie über eine sehr bedeutende Macht disponiren können. Die Radikalen, welche die Souveränität der Versammlung überall proclamiren, wo sie sich in ihrem Sinn entscheidet, hätten einer entgegengesetzten Wendung ebenso entschieden die Souveränität der Fäuste entgegengesetzt. Die Deputirten der Rechten waren ernstlich bedroht; freilich ist das eine sehr schlechte Entschuldigung für die Feiglinge, die sich einschüchtern ließen und die nun mit ihrer nachträglichen Wehmuth in der Boffischen nachhinken.

Wozu das Ministerium eigentlich entschlossen war, ist schwer zu sagen. Es scheint, als habe sie im Fall eines Aufstandes auf das Militär gerechnet. Aber es fehlt wieder an dem Entschluß im rechten Augenblick; man vergißt, daß je länger die Krisis dauert, je weniger auf das Heer zu zählen ist. Außerdem wäre bei einer militärischen Unterdrückung der Radikalen das Reich dieses Ministeriums ebenfalls zu Ende gewesen.

Die Entscheidung kam ihm unerwartet. Auch da fand es nicht sogleich die Entschließung. Sein Abtreten war sehr bedenklich; es veranlaßte den König zu einer Willenserklärung, welche die Krone in Gefahr setzt. So vollkommen ich im Princip mit dieser Erklärung übereinstimme — daß weder ein Parlament noch viel weniger eine constituirende Versammlung executive Maßregeln zu verfügen habe, wenn man nicht die Zeiten Robespierre's herbeizuführen wünscht — so wenig kann ich den Schritt billigen, sich auf die persönliche Ansicht des Königs zu berufen. Er war unnöthig, denn jenes Princip versteht sich von selbst und eine Ueberschreitung desselben wäre von Seiten der Versammlung die pronuncirte Re-

volution; es war aber auch schädlich, denn die Form, in der es ausgesprochen wurde, war unconstitutionell. Der unverantwortliche König darf das Gewicht seiner Ansicht nie in die Waagschale werfen und je roher der Radicalismus gegen die constitutionellen Principien auftritt, desto strenger muß die constitutionelle Partei daran festhalten. Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß unter Umständen eine Auflösung der Versammlung, die freilich in diesem Augenblicke höchst bedenklich wäre, eine rechtliche Nothwendigkeit werden kann. Die Versammlung ist nicht souverain, sie hat bestimmte Grenzen ihrer Gewalt; überschreitet sie dieselben, so ist sie es, die den Fluch des Bürgerkriegs auf sich ladet.

Das zweite, mit jener Abstimmung ungefähr gleichzeitige Ereigniß — die Sistirung des Waffenstillstandes durch das Nationalparlament, hat für Preußen weniger Bedeutung. Vielleicht hätte es die Linke als Waffe gegen das Ministerium gebraucht, wenn sie nicht eine bequemere gefunden hätte. So aber dürfte, selbst wenn die Paulskirche sich für Fortsetzung des Kriegs entscheiden sollte, in Berlin das reale Interesse den Ausschlag geben und wo bei uns die Regierung mit dem Volke Eins ist, hat ein übereilter Entschluß in Frankfurt weniger Gefahr. Doch ist bei der entschieden verständigen Haltung dieser Versammlung ein solcher Entschluß kaum zu befürchten. Selbst die Unklugheit des Reichsministeriums, diesen Augenblick dazu zu benutzen, ohne Noth gegen die Vertretung der Einzelstaate durch einen Abgeordneten ein Decret zu erlassen, zeigt, daß man in Nebensachen so schroff als möglich auftreten will, um die Nachgiebigkeit in der Hauptsache vor der extremen Partei zu entschuldigen. Daß übrigens auch hier die preussische Diplomatie den alten Ruf der Ungeschicklichkeit glänzend gerechtfertigt hat, liegt am Tage; am besten sieht man es daraus, daß nachträglich die nothwendigen Modificationen des Waffenstillstands — die Entfernung Nolcke's u. s. w. der dänischen Regierung doch abgepreßt sind, welche zeitig zu erreichen die frühere Unterhandlung zu schwach war.

Es kommt indeß weniger darauf an, was geschehen ist, als die Aussicht auf das, was wir weiter zu erwarten haben. Bergegenwärtigen wir uns zunächst die Aufgabe der Regierung. Sie zerfällt in drei Theile.

Einmal Herstellung des Credits, der Ruhe und Ordnung; zweckmäßige Finanzverwaltung und Handelspolitik; Bändigung der Anarchie.

Sodann Reorganisation der Verwaltung, der Gerichte, des Heerwesens ohne gewaltsame Erschütterung — weil eine solche uns wehrlos in die Hände unserer Feinde geben würde. Gegen diese Aufgabe ist selbst die Verfassungsfrage Nebensache.

Endlich, klare Feststellung unseres Verhältnisses zu Deutschland und in weiterer Folge zu den auswärtigen Mächten.

Diese Aufgabe wird sich eine jede Partei setzen müssen, die ans Ruder kommt und möglich bleiben will; wir wollen die Auffassung durchgehn, in der sie die verschiedenen Parteien betrachten. Ich unterscheide vier Hauptparteien; die Tories, um

den bekannten Ausdruck beizubehalten, die Whigs, die Demokraten, die Radikalen; oder ein Ministerium Arnim, Beckerath, Rodbertus-Waldeck, Meyen-Gichler — Gott verzeihe mir die Sünde.

Der Hauptfehler, an dem das alte System zu Grunde ging, war seine pietistisch-doctrinäre Richtung. Wenn man Kraft genug hat, ein Volk zu beherrschen, so thut man es, ohne es ihm jeden Augenblick mit schulmeisterlicher Suffisance in's Gesicht zu werfen. Alles erträgt ein Volk, nur nicht die Forderung, es solle selber aussprechen, daß seine Bevormundung eine logische Nothwendigkeit sei. Die Doctrinäre jener Zeit mit ihrem Gefolge von lutherisch-katholisch-evangelischen Romantikern sind für immer unmöglich geworden. Sie haben aber auch nie die Hauptstärke der Partei gebildet, welche wir als die eigentlich conservative bezeichnen. Man nahm Gichorn, Savigny, Thiele in den Kauf, weil man gut royalistisch gesinnt war und weil der König Geschmack an dergleichen fand. Im Uebrigen waren unter den Ministern, wie im höhern Beamtenstande überhaupt wenig Männer aus der eigentlichen Aristokratie, es waren in der Regel arme Edelleute, die unbedingt von der Gnade des Königs abhingen. Männer, wie Arnim und Alvensleben konnten sich auf die Dauer mit den Launen der absoluten Monarchie nicht stellen. Vielleicht war es ein Fehler von Seiten der torystischen Aristokratie, in den Kämpfen, die der großen Revolution vorhergingen, sich mit dem Absolutismus identificirt zu haben, sie kamen dadurch bei der neuen Bewegung in eine höchst ungünstige Stellung. Die Aristokratie, wenn sie klug ist, kann sich unter jeder Form der Verfassung finden; es liegt nicht blos an dem Wahlmodus, es liegt auch an dem linkischen Auftreten der Aristokratie, daß sie, die auf dem vereinigten Landtage bei weitem das Uebergewicht gehabt hatte, in der Berliner Constituante gar nicht vertreten ist. Zur Aristokratie rechne ich den Grundadel, die höhere Geistlichkeit und dann freilich die höhern Offiziere. Diese stehen nun insgesammt in dem gegenwärtigen Augenblick außerhalb des eigentlichen Staatslebens, ein Nachtheil für beide Seiten, denn sie werden dadurch auf den anticonstitutionellen Weg hingedrängt. Wäre nicht das Frankfurter Nationalparlament anders zusammengesetzt, so hätten sie gar keinen Spielraum, sich auf gesetzliche Weise geltend zu machen. Es wäre die Frage, ob ein Zweikammersystem mit einer Pairskammer die angemessenste Form eines solchen gesetzlichen Kampfes zwischen der Aristokratie und Demokratie zu nennen ist; auch die englische Verfassung kann mich davon nicht recht überzeugen. So viel ist aber klar, daß ein so wichtiges Element des Staats in der Verfassung vertreten sein muß, weil sich sonst die Entwicklung auf eine einseitige und eben darum gewaltsame und unsichere Weise vollzieht. Für den Augenblick ist zwar unter einem großen Theil des Grundadels eine resignirte Stimmung eingetreten, wie wir sie nur in der französischen Revolution gesehen haben, aber ohne die Energie des Hasses, welche die französischen Emigrés zu einem wesentlichen Moment der Cultur machte; sie

möchten diesem Gomorrha entfliehen und suchen, um der republikanischen Gährung zu entgehen, ein Asyl in einer bereits fertigen Republik, in den Urwäldern Amerikas, die sie sich nicht idyllisch genug vorstellen können. Die Armee trägt noch immer den Grimm des 19. März in sich; sie möchte durch irgend einen großen Act Ersatz finden für ihre damals gekränkte Ehre, für die Schmähungen, mit denen man sie seitdem von allen Seiten überhäuft; sie sind unzufrieden über den Ausgang der dänischen Sache, wo ihnen eben so wenig Genugthuung ward; sie blicken auf den Prinzen von Preußen als den Vertreter ihres guten Rechts, obgleich sie sich keine klare Vorstellung machen, was sie eigentlich von ihm erwarten, denn man würde sehr irren, wenn man dem größern Theil selbst der Gardeoffiziere ernsthaft reactionäre Pläne unterschiebe. Dabei sieht man mit geheimem Bangen, wie bei fortdauernder Krisis die Zuverlässigkeit des Militärs selber von Tage zu Tage schwindet und wie auch dieser letzte Nothanker zu brechen droht.

Daß unsere sogenannte Constituante, oder die Vereinbarungsversammlung, in diesen Kreisen nicht viel anders angesehen wird, als ein Jacobinerclub, wird Ihnen nicht auffallen; wo man durch gar kein Organ vertreten ist, muthmaßt man all zu leicht offene Feindseligkeit. Die rechte Seite dieser Versammlung ist nichts weniger als Ausdruck der Aristokratie, es ist eine blos ministerielle Fraction, die theils aus Fanatikern der Ruhe, theils aus alten Bureaukraten, theils aus Anhängern der Opposition unsers alten Landtags besteht, also unserer Whigpartei. Das verletzende Auftreten der Versammlung gegen den Deputirten von Wirßig, ihr beständiges Ankämpfen gegen das bestehende Heerwesen, der Ausschusantrag auf Aufhebung des Adels — obgleich man diese eigentlich mit Ruhe ansehen könnte, die höhere Weltbildung wird sich überall geltend machen und die Meinung, von der doch das Institut des Adels wesentlich getragen wurde, fragt nach keinem Gesetz — endlich aber und vor Allem die Eingriffe in den Geldbeutel des Grundbesitzes haben die Aristokratie in einen prinzipiellen Gegensatz gegen das bisher ausschließlich legitimirte Organ des Volkswillens gesetzt. Hier hat also die Camarilla einen sichern Boden und der von Bülow-Cummerow und Arnim-Boitzenburg angeregte Verein für die Wahrung der Interessen des Grundbesitzes hat zum ersten Mal entschieden die Fahne der torystischen Opposition aufgepflanzt, welche die Preußenvereine und ihre Organe, z. B. die Neue Preussische Zeitung, so wie das Blatt der militärischen Opposition, die Wehrzeitung, bisher immer versteckten.

Es ist die Frage, was diese Partei für eine Zukunft hat. Ihre Clubs schaden der Sache mehr als sie nützen, denn sie sind unpopulär und reizen das Volk zu immer heftigerer Opposition. Sie verdienen es zum Theil, denn sie gehen nicht redlich zu Werke; wie die französischen Legitimisten erkennen sie halb den neuen Zustand an, halb stellen sie ihn in Frage; sie fühlen nicht klar genug, daß an eine wirkliche Reaction, d. h. an eine Schmälerung der wesentlichen Volksrechte, nie und unter keinen Umständen zu denken ist. Sie erkennen zu wenig,

daß im Zusammenhang der neuen Staatsverfassung eine, freilich allmähliche Reorganisation des Militärs und eine gründliche Abschaffung des alten Junkerthums trotz alles Sträubens eine innere Nothwendigkeit ist. Was die übrigen Hilfsmittel dieser Partei betrifft, so ist der Hof in der vollständigsten Rathlosigkeit, der Einfluß der Bureaucratie ist auf immer und zwar innerlich gebrochen — aus der Reihe der höhern Beamten gehen ja die entschiedensten Gegner selbst des jetzigen Constitutionalismus hervor; die Intriguen, die man mit einem Theil der Radikalen anspinnt, sind geradezu lächerlich; den Provinzen, wo allerdings viel conservativer Sinn herrscht, fehlt die Concentration und das eigentliche Schlachtfeld bleibt doch immer Berlin; die Speculanten der Börse, deren Geschäfte in der Unruhe schlecht gehen und die daher gegen die Revolution declamiren, sind sehr zweideutige Verbündete; die Ultramontanen endlich, zu denen man sich auch allenfalls wenden möchte, haben das Ziel ihrer Interessen anderwärts: nicht im preussischen Staat kann diese vorsündfluthliche Form der Romantik sich realisiren.

Die Partei ist für den Augenblick unmöglich, so unmöglich wie eine Contre-revolution. Nur indem sie dieses einseht, kann sie sich erhalten. Geistvolle Männer, wie Graf Arnim und Griesheim, haben immer eine Zukunft; es ist ehrenwerth von ihnen, daß sie sich durch Veröffentlichung ihres politischen Glaubensbekenntnisses für den Augenblick die politische Laufbahn verschlossen haben. Die Gährung, welche der neuen Verfassung nothwendigerweise vorausgeht, muß sich endlich klären; sobald der Staat constituirt ist, wird sich auch für eine Opposition von der rechten Seite Spielraum finden. Die Führer sind da, selbst die Bildung der Partei ist vorbereitet, nicht in Berlin, aber im Reich, denn der kräftige Damm, welchen die rechte Seite in Frankfurt den ungestümen Wogen des Radikalismus entgegenstellt; die Kraft und der Geist, mit welchen Preußens Ehre und Interessen in einem zuerst so ungünstigen Terrain vertreten worden, lassen für die Zukunft einer Partei, die sich in den Schranken des Gesetzes bewegt, das Beste hoffen. Das natürliche Bedürfniß führte die Anhänger des alten Systems, die Radowiz, Lichnowsky u. s. w. zu einer nähern Vereinigung mit den Häuptern der alten ständischen Opposition, den Wincke, Schwerin, Auerwald; und mehr und mehr zieht sich alles wahrhafte Interesse an Preußen in den Reichstag zusammen. Die unabhängige Aristokratie würde in einem deutschen Kaiserreich eine freiere Stellung finden, als in Preußen, aber die angestammte Hinneigung zu den Hohenzollern hält sie von einem Aufgeben ihres Staats zurück. Noch ist — namentlich wenn die östreichische Angelegenheit sich rasch erledigt — die Hoffnung keineswegs verloren, beide Interessen zu vereinigen.

Vor Allem darf diese Partei Eins nicht aus den Augen lassen: daß sie nur dadurch eine Möglichkeit behält, wenn sie für den Augenblick mit aufrichtiger Ergebenheit die bestehende Regierung stützt. Jedes falsche Spiel ist ihr eigener Ruin. Sie muß sich ferner an das Beispiel Peels erinnern: daß der echte Staatsmann

den Zeitumständen Rechnung zu tragen hat; daß man am Princip festhalten kann, ohne sich an den Katechismus der Doctrin, an die äußere Farbe der Partei zu binden.

Sehr viel hängt in diesem Augenblick von Einer Persönlichkeit ab, deren Einfluß nach allen Seiten hin am Weitesten gehen dürfte. Es ist der General Wrangel. Der Abschluß des Waffenstillstands wird auch auf die inneren An gelegenheiten die nachtheiligste Rückwirkung ausüben. Vor Allem ist wichtig, daß nun die Leitung des Militärs einem zuverlässigen und allgemein verehrten Manne übertragen ist, an dessen Willenskraft noch Niemand zu zweifeln gewagt hat. Die Machinationen unserer Radicals, auch das Heer zu desorganisiren, werden nun wohl auf einen unerwarteten Widerstand stoßen, und es läßt sich erwarten, daß schon die erste Proclamation, welche der General von Potsdam aus erlassen hat, schwer in die Waagschaale der Entscheidung fallen wird. Wer einigermaßen mit der frühern Stellung des alten Feldherrn vertraut ist, wird nicht in Zweifel darüber sein, auf welche Seite dieses Gewicht sich neigt. Die Versuche einiger Anarchisten, Wrangel im Namen der deutschen Einheit zum Ungehorsam gegen seinen eignen Staat zu verleiten, werden einen ihrer Absicht entgegen gesetzten Erfolg haben.

Gehen wir nun zur zweiten Partei unsers politischen Lebens über, zu den Preussischen Whigs. Sie haben vor dem März gemeinsam gegen den Absolutismus gekämpft, sie treten unter den jetzigen Umständen gemeinsam den Radicals entgegen. In der Paulskirche schließt sich der größere Theil derselben entschieden den vormaligen Gegnern an, um für die Aufrechterhaltung Preußens und für die gesetzliche Freiheit überhaupt zu wirken; ja sie gehören theilweise der äußersten Rechten an. Die launenhafte Volksgunst, die noch im vorigen Jahr dem Freiherrn v. Vincke den lautesten Jubel entgegenjauchzte, weil er mit der vornehmen Impertinenz, die nur ein Aristokrat der absoluten Regierung gegenüber zu behaupten weiß, dem alten System in's Gesicht schlug, hat sich seitdem von ihm gewendet; er wird nicht viel darauf geben. Wie im vorigen Jahre, vertritt er mit gleicher Kühnheit und gleicher Consequenz die Sache des Rechts gegen die Willkür; nur daß damals die Diener der souveränen Krone diese Willkür geltend zu machen suchten, jetzt die Paphlagonier des souveränen Volks. Es ist doch in der Art seiner Opposition, wenn man ihn mit seinen jetzigen Freunden aus dem alten System vergleicht, ein wesentlicher Unterschied; trotz dem sprühenden Wig seiner Reden tritt doch überall schroff und unerschütterlich das Knochen gerüst seiner Ueberzeugung hervor, während z. B. bei dem Fürsten Lichnowsky der Wig den eigentlichen Inhalt seiner Dialektik absorbiert; man kann von ihm sagen, daß er von der Verkehrtheit seiner Gegner lebt; es fehlt seiner Opposition an dem eigentlich sittlichen Inhalt, der politischen Ueberzeugung; er verhält sich

im Innersten seines Herzens ironisch gegen den gesammten Inhalt des modernen Bewußtseins.

In Preußen kamen die Whigs mit dem Ministerium Camphausen an die Regierung; es war, mit geringen Ausnahmen, ganz aus Männern der Partei gebildet, wenn es sich auch theilweise aus der Bureaucratie ergänzt hatte. Es erkannte als seine nächste Aufgabe, die durch einen gewaltsamen Ausbruch hervorgerufene Staatsveränderung gesetzlich zu vermitteln. Diese Aufgabe war dadurch complicirter geworden, daß gleichzeitig aus dem Streben namentlich der süddeutschen Staaten, die bisher nur ideell gefasste Einheit Deutschlands politisch zu realisiren, zu einer Entwicklung führte, die neben der Preußischen herlief. Die Lage war merkwürdig genug, um sie noch einmal näher ins Auge zu fassen. Die radicale Partei in Berlin verlangte damals, gemeinsam mit der extremen Rheinischen Opposition, die Regierung solle aus eigener Machtvollkommenheit, ohne Beirath der bisherigen ständischen Corporationen, welche doch ihrer ganzen Zusammensetzung nach mit dem Geist der neuen Bewegung im Widerspruch ständen, diejenige Veränderung im Staatswesen eintreten lassen, welche die Lage Preußens unvermeidlich machte. In gewissem Sinn wäre dies möglich gewesen; es ist wenigstens kein Grund abzusehen, warum nicht eine feierliche Proclamation der unbedingten Pressfreiheit und des Associationsrechts — von welchen Rechten factisch doch schon der ausgedehnteste Gebrauch gemacht wurde — eines vorherigen ständischen Beiraths bedurft hätten. Die Reform des Gerichtswesens und der Bureaucratie konnte wenigstens vorbereitet werden, in dem Sinn wie es die jetzt regierende Partei früher stets beansprucht hatte. Freilich traten einer solchen Entscheidung wichtige Bedenken entgegen.

Das wichtigste war die Nothwendigkeit finanzieller Hilfe. Theoretisch war eine finanzielle Operation ohne Zustimmung der bisherigen Stände unmöglich. Das andere Bedenken war mehr doctrinärer Natur. Man wollte den Standpunkt nicht aufgeben, den man auf dem vereinigten Landtage eingenommen hatte; man glaubte durch Umgehung der bisher zu Recht bestehenden ständischen Organe dem Absolutismus — wenn auch in umgekehrtem Sinne, nämlich dem Absolutismus der Revolution — freien Spielraum zu geben. Daß die Einberufung des Landtages nur eine Form sei, darüber war man wohl einig. Aber gerade die Form ist die einzige Waffe gegen die Willkür. Wie dem auch sei, es war ein Unglück für Preußen, und ich kann auch wohl sagen für Deutschland, daß der Berliner Centrallandtag und das sogenannte Vorparlament sich gleichzeitig versammelten. Hätte die Regierung es dahin bringen können, daß wenigstens die bedeutendsten Kräfte des alten Landtags sich in Frankfurt mit den ständlichen Oppositionsgliedern der süddeutschen Staaten vereinigt hätten, so hätte die Entwicklung Deutschlands von vornherein eine andere Richtung genommen. Aber man verfolgte diesen Plan,

Grenzboten. III. 1848.

Deutschland zu centralisiren, von vornherein mit abstractem Mißtrauen, anstatt daß man versucht hätte, die schädlichen Elemente desselben durch thätiges Eingreifen zu paralyßiren. So fiel die wesentliche Entscheidung des Vorparlaments ohne Mitwirkung Preußens aus, ja als Preußen versucht hatte, durch eine einseitige Wahl der künftigen Nationaldeputirten durch den alten Landtag den Bestimmungen des Vorparlaments entgegenzutreten, wurde es gezwungen, sich zu unterwerfen. Eine ebenso ungeschickte als zweideutige Rolle! Noch damals konnte Preußen durch kühnen Entschluß die factische Hegemonie ergreifen, denn Preußen liegt ja nicht in Berlin; so wurde es in die Opposition gedrängt und genöthigt, in Frankfurt von Zeit zu Zeit die Rolle eines Malcontenten zu spielen, den süddeutschen Radicalen zu drohen, statt sie zu leiten.

Der Landtag gab der Regierung ein Vertrauensvotum für ihre finanziellen Garantien — dessen Werth doch unter diesen Umständen lediglich in der Meinung lag, die das Volk von ihm hatte. Er gab ferner seine Beistimmung zu der von der Regierung beantragten Volksvertretung aus Urwahlen. Seine Hauptaufgabe bestand also darin, sich selber aufzulösen — ein Schritt, der für die Doctrin unvermeidlich, praktisch aber wenigstens nicht so nothwendig war, daß wesentlichere Rücksichten davor hätten zurücktreten müssen. Hätte die Regierung den Muth gehabt, der allgemein laut werdenden Aufregung zum Troß, die Kategorie der Wähler auf selbstständige Personen zu beschränken — also das Gesinde, die Gesellen und die Fabrikarbeiter auszuschließen, — so wäre in der Anerkennung dieses Grundsatzes von Seiten des Landtags etwas Positives gewesen. So aber hatte sie diesen Muth nicht, und ich verdenke es ihr keineswegs, denn für so verkehrt und schädlich ich auch eine solche, aus der formlosen Masse hervorgehende Urwahl halte, so ist nicht zu leugnen, daß man der öffentlichen Meinung, die sich an diese Symbolik der Freiheit und Gleichheit krampfhaft anklammerte, Rechnung tragen mußte.

Nun folgte aber der zweite Irrthum der Regierung. Sie sah in der nach Frankfurt ausgeschriebenen Nationalversammlung noch immer das Vorherrschen des revolutionären Princips, und glaubte diesem in den preussischen Sonderständen ein conservatives Moment entgegen zu setzen. Ein sehr verzeihlicher Irrthum, aber ein Irrthum. Abgesehen davon, daß die Berliner Versammlung selber eine radicalere Färbung — nämlich in Beziehung auf Preußen — hat, als die Frankfurter, hatte nun die radicale Partei Preußens in der Paulskirche einen Popanz, den sie, ohne wirklich für ihn irgend eine Sympathie zu hegen, als Schreckbild der eignen Regierung entgegensetzen konnte. Hätte die Regierung von vornherein erklärt, die Verfassungsfrage für Preußen ruht, bis das Werk in Frankfurt vollendet sei, es wäre für Preußen heilsam gewesen.

Freilich ist es leicht, nach dem Erfolg zu urtheilen. Es fällt mir nicht ein,

dem Ministerium Camphausen aus einem Rechnungsfehler, den halb Deutschland mit ihm gemacht, einen Vorwurf herleiten zu wollen.

Wodurch fiel dieses Ministerium? Lediglich durch die Schlechtigkeit seiner Partei. Die lächerliche Frage über Anerkennung oder Nichtanerkennung der Märzrevolution, in der sich Camphausen mit der gewohnten Würde, Ehrlichkeit und — Ungeschicklichkeit aussprach, wurde von Intriguanen benutzt, um gegen ihn zu conspiriren. Camphausen that Recht daran, die Regierung aufzugeben, da er sie nur mit einer schwankenden und unsichern Majorität führen konnte; aber Hansemann hatte ebenso recht, seine Stellung zu behalten, denn die Finanzwirthschaft ist eine sehr ernsthafte Frage, und man kann sie nicht dem Ersten Besten überlassen.

Die neue Combination unterschied sich im Princip nicht von der vorigen. Sowohl in ihrer Stellung zum souveränen Reich als zum souveränen preussischen Volk und zu der souveränen Berliner Constituante blieb sie den Ideen Camphausens treu. Sie warf dieser verschiedenen Souveränität die Phrase von der Anerkennung der Revolution als Köder vor, der sie nichts kostete; im Uebrigen war sie noch weniger geneigt, nach den Gelüsten des souveränen Lindenklubs zu regieren, als die vorige Verwaltung. Die „ehrenwerthen“ Männer Berlins wurden durch Constabler scandalisirt, zu Gunsten der Radicalen, die nach Anstellung begierig waren, die alten Beamten wurden keineswegs fortgejagt, das Heer wurde nicht aufgelöst. Im Ganzen machte das neue Ministerium einen schlechtern Eindruck als das alte. Mit Ausnahme Kühlwetter's, dessen bruskes Wesen unnöthig verletzte, trat keine Persönlichkeit hervor, an die sich irgend eine bestimmte Richtung, ein bestimmtes Vertrauen heftete; die Regierung hatte nirgend einen festen Boden; sie hatte in sich selbst keinen festen Halt. Auf der einen Seite durch die Demagogen, auf der andern durch die Reactionärs unterminirt, brach ihre Herrschaft bei dem ersten Conflict in sich selber zusammen. Ihr Abgang war nicht ganz so anerkennenswerth, als der Camphausens; sie hatte ihre Ansichten und ihr Vorhaben nicht klar genug herausgestellt, und sie beging im letzten Augenblick ihres Verschwindens einen Fehler, der ihre Ungeübtheit im gouvornementalen Metier verrieth.

Wird bei der jetzigen Krise eine dritte Nuance derselben Partei ans Ruder kommen? Wird es Beckerath, dem alten Bundesgenossen Camphausens und Auerswalds, gelingen, eine neue Combination zu Stande zu bringen? Wir hätten dann dies Princip der Whigherrschaft zum drittenmale, mit der einzigen Abweichung, daß Beckerath, der schon einmal im Reich gewaltet hat, die formelle Hingebung an das Reich bestimmter aussprechen wird — eine Hingebung, die unter den obwaltenden Umständen eine unbedingte Nothwendigkeit genannt werden dürfte.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Capacitäten der alten Landtagsopposition ziemlich verbraucht sind. Wenn Beckerath vielleicht Mevissen und Alsenhoven heranzieht, so haben wir dann ziemlich alle Rheinländer von Gewicht in den Regie-

ringen gehabt. Eine Verstärkung aus den Reihen der Bureaucratie würde doch nicht zu vermeiden sein — es ist beiläufig zu bedauern, daß der allgemein geachtete Justizminister Märker mit in den Fall des vorigen Ministeriums verwickelt wurde.

Die Hilfsmittel dieser Partei sind leicht zu übersehen. Am entschiedensten dürfte sie die Rheinische Bourgeoisie für sich haben, die eine Trennung der Rheinlande von Preußen nicht wünscht, weil sie weder in die Hände der Ultramontanen noch in die der Demokraten fallen möchte. In der preussischen Presse hat sie fast gar keine Unterstützung; ein sehr großer Theil der Grundbesitzer ist ihr, abgesehen von seiner politischen Meinung, ihrer finanziellen Maßregeln wegen abhold; die sogenannten constitutionellen Clubs sind in ihrer Suffisance und Halbheit mehr als erbärmlich, sie sind nicht einmal unbedeutend genug, um unschädlich zu sein; die Bürgerwehr ist sehr schlecht organisiert, in ihren Ansichten schwankend und hat auch von ihrem Muth noch keine Probe gegeben. Auf das Heer können die Whigs nicht unbedingt rechnen und werden auch wohl zögern, es anzuwenden.

Am kräftigsten ist ihr Einfluß noch immer im Frankfurter Parlament. Dieses hat bisher eine ziemlich theoretische Aufgabe gehabt und war daher für Doctrinäre ein angemessener Schauplatz. Den doctrinären rhetorischen Anstrich konnte die ganze Partei nicht verleugnen, Beckerath am wenigsten.

Wenden wir uns nun zur zweiten Eventualität, dem linken Centrum, einem Ministerium Rodbertus-Waldeck. Das linke Centrum, zum großen Theil aus „neuen Menschen“ bestehend, ist bekanntlich liberaler, als die reine Whigpartei, doch würde es schwer sein, genau anzugeben, worin der höhere Grad dieses Liberalismus eigentlich besteht. Die Abneigung gegen die Constabler und die verschiedene Ansicht über polizeiliche Maßregeln werden es doch allein nicht ausmachen. Der von Waldeck ausgearbeitete Verfassungsentwurf stimmt im Wesentlichen mit den Ansichten des letzten Cabinets überein; er enthält ein Zweikammersystem, verwirft aber, wie billig, das von Camphausen vorgeschlagene Oberhaus von Geldnotabilitäten. Die erste Kammer soll aus Bezirkswahlen hervorgehen; es wäre nun freilich die Hauptsache, wie diese Bezirke organisiert sind. Der von der Linken eingebrachte Entwurf einer Gemeindeordnung ist völlig unpractisch. Es kommt darauf an, daß jene Bezirkswahlen eine gewisse politische Bildung bedingen, um im erforderlichen Fall die aus Unkenntniß hervorgegangene Leidenschaftlichkeit der zweiten Kammer zu mäßigen.

Herr Rodbertus hat schon einige Tage im Ministerium gefessen; er hat es damals der Kammer gegenüber an der erforderlichen Energie nicht fehlen lassen. Sein Austritt wurde damals durch eine verschiedene Auffassung der Stellung Preußens zu Deutschland motivirt, indeß bin ich überzeugt, daß diese Differenz nur das Anhängeschild war; daß Rodbertus vielmehr von der Unhaltbarkeit der damaligen Regierung sich überzeugt und sich für alle Fälle möglich habe erhalten wollen. Die Ansichten der Linken über das Verhältniß zum Reich haben sich

seitdem wesentlich modificirt. Früher gebrauchte die Linke selbst den fatalen Reichs-verweiser als Mauerbrecher gegen die Regierung, weil ihr jede Waffe recht war; seitdem aber in Frankfurt die gemäßigte Partei so entschieden das Uebergewicht erlangt hat, will man vom Reich nichts mehr wissen. Herr Robbertus hat sich in diesem Sinn auf die Eventualität eines von ihm zu bildenden Ministeriums hin weniger Deutsch ausgesprochen, als sein Nebenbuhler Beckerath, ja er scheint sich mit der Partei der Grundbesitzer in Rapport gesetzt zu haben und die Hanse-mann'sche Finanzoperation wollen fallen lassen. Auch ist er entschlossen, mit der Kammer nur bis zu einer gewissen Grenzlinie zu gehen, sie aber aufzulösen, im Falle sie diese überschreitet. Es wäre also an sich kein Grund vorhanden, daß die conservative Partei sich einem Ministerium Robbertus widersetze; es sind in dieser Partei Männer, die sich doch schon in den höhern Kreisen des Staatslebens bewegt haben, die Waldeck, Temme, Kirchmann, Unruh — ich hoffe, daß man den geistreichen aber unnützen und haltlosen Mandaleur Herrn von Berg nicht in diese Combination ziehen wird — es liegen indeß andere Gründe vor, über eine solche Entscheidung Bedenken hervorzurufen. Es ist die Frage, ob Herr Robbertus Garantien geben könnte, von seiner Partei, der Linken, unabhängig zu sein von der Linken, d. h. von den Polen, die als Preußens Feinde für jeden unvernünftigen Vorschlag stimmen, der in der Kammer vorgebracht wird und denen zu Liebe man gern einen Romantikus, wie Willisen, ins Kriegsministerium einschmuggeln möchte; von den Schwindlern, welche die Kraft jeder Regierung schwächen möchten, um die Revolution permanent zu machen; von den Ehrgeizigen, die gewaltsam alle bedeutende Posten leeren möchten, um an die Reihe zu kommen; von den Intriguanten, die das Heer auflösen möchten und zugleich nach Krieg schreien. Diese Linke hat ja mit Robert Blum fraternisirt, dem Feinde Preußens. Sie reicht auch den Ultramontanen die Hand, weil sie auch ein oppositionelles Moment sind; sie coquettirt unter Umständen mit dem Communismus, sie spricht in öffentlicher Rede zum „Volk“ wie ein Ledru Rollin, sie paralyßirt die Thätigkeit der Bürgerwehr, sie droht — bei dem Stein'schen Antrag hat sie es offen gethan — mit offenem Aufstand. Am bedenklichsten sieht es mit den Finanzen aus; es wäre doch gar zu gefährlich, hier ein Experiment zu wagen.

— Die eben eintreffenden Frankfurter Nachrichten werden der ganzen Lage eine neue Wendung geben, in meinem nächsten Briefe mehr davon. Zum Schluß eine Combination der Linken vom reinsten Wasser:

Außeres: Reichenbach, als Graf; Inneres: Jung, wegen seiner Ueberzeugung von der Weisheit und Unfehlbarkeit der gemeinen Leute; Handel: Brill; Finanzen: Gichler, wegen seiner ausdauernden Arbeit im Schuldenmachen; Cultus: Wiß, aus der bekannten Hippel'schen Kneipe; Justiz: Edgar Bauer, wegen seiner genauen Bekanntschaft mit Zuchthaussträflingen und seine Theilnahme für dieselben; öffentliche Arbeiten: der Commis Ottensoffer; Krieg: Fleischer

Pieper. Zum Polizeipräsident würde ich Geld vorschlagen, aber der Verdacht seiner neuesten heulerischen Tendenzen macht ihn, obgleich er nicht nur ein guter Wähler, sondern auch ein rechtschaffner Bummler ist, vor der Hand unmöglich, daher wäre der Conditor Karbe für diesen Posten am geeignetsten. Wäre dann noch Dierschke, der kein Wolf ist, Präsident der Constituante, Julius Redacteur der Hofzeitung oder Director der Seehandlung, so wäre dem Staat geholfen. — m.

### Münchener Zustände.

Der August und mit ihm die Feierlichkeiten für den Reichsverweser sind vorüber, in allen Zeitungen sind die Unterlassungssünden der verschiedenen Ministerien ausposaunt und vom Publikum wieder vergessen; aber trotzdem muß ich nochmals darauf zurückkommen, da man aus der Haltung der hiesigen Bürgerwehr und der verschiedenen Freikorps die Gesinnung der Münchner im Allgemeinen beurtheilen kann. Sie theilen nicht die Sonderungsgelüste, die man so gerne sähen und ihnen beibringen möchte durch den Popanz der Gewerbefreiheit, womit die „Realitätenbesitzer“ allerdings ins Bockshorn zu jagen sind; sie wünschen wirklich ein einiges kräftiges Deutschland und vindiciren der Centralgewalt allein, als der Repräsentantin des ganzen deutschen Volkes, die Souveränität. Wie unbeliebt mußte sich daher der Minister Thon-Dittmer machen, da er den harmlosen Akt eines Lebehochs für den Reichsverweser den Bürgern verwehrte, nachdem er ganz gegen die Vorschrift ein Hoch für den König von Baiern vorangesetzt hatte, was derselbe jedoch mißbilligt haben soll. Thon-Dittmers Niederlage gegenüber der entschiedenen Haltung der Bürger war um so lächerlicher, als er dieselbe durch die Erlaubniß zum Ausrücken zu bemänteln suchte. Nun erheben sich täglich mehr Stimmen über seine Unmöglichkeit, von allen Theilen Baierns ruft man ihn zu, abzutreten, aber deutsche Minister besitzen nicht so viel Ehrgefühl wie englische und französische, daß sie zurücktreten, wenn sie das Vertrauen der Nation verloren haben, wie es bei dem ehemaligen Bürgermeister von Regensburg der Fall ist, der mit dem gestickten Ministerrock auch neue Gesinnungen angezogen zu haben scheint. Mehrere Carrikaturen auf denselben fanden deshalb ungeheuern Absatz und besonders eine, die ihn auf einen Waagebalken sitzend darstellt, wo er trotz der Gegenanstrengung des Kriegsministers von einem einzigen Landwehrmann weit überwogen wird. Ueberhaupt fängt die Presse mehr und mehr an ein Gewicht zu bekommen und die Regierung sucht auch ihrerseits das Publikum zu bear-